

Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 922.

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgeköpftene Zeitspalte oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, spätere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14.

Dienstag, den 18. Januar 1916.

23. Jahrg.

Ein Lichtstrahl.

In das Dunkel des Völkermordens, das auf allen zivilisierten Menschen wie ein Bleiklotz lastete, ist ein kleiner Lichtstrahl gedrungen:

Montenegro hat kapituliert.

Zuerst wurde diese Mitteilung im ungarischen Abgeordnetenhaus vom Ministerpräsidenten Tisza mit folgenden Worten gegeben:

Ich bitte um die Erlaubnis, die Verhandlungen auf einen Augenblick unterbrechen zu dürfen. Der König und die Regierung von Montenegro haben um die Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten. (Große Bewegung.) Als Antwort darauf haben wir als Vorbedingung von Friedensverhandlungen die unbedingte Waffenstreckung verlangt. (Eisentrufe.) Eben jetzt erhalte ich die Nachricht, daß Montenegro die unbedingte Waffenstreckung angenommen hat. (Lang anhaltender Beifall, Eisentrufe im ganzen Hause.) Infolgedessen werden nach Durchführung der Kapitulation die Friedensverhandlungen beginnen können. (Eisentrufe.) Ohne die Bedeutung dieses Ereignisses zu überschätzen, glaube ich dasselbe jedenfalls als wichtiges und erfreuliches Ereignis bezeichnen zu können, in welchem die Monarchie und die ungarische Nation die erste Frucht ihres bisherigen Ausharrens und ihres Heldentums ernten. (Langanhaltender Beifall und Eisentrufe im ganzen Hause. Die Sitzung wurde auf fünf Minuten unterbrochen.)

Da die montenegrinische Regierung die Forderung der unbedingten Waffenstreckung angenommen hat, ist Montenegro aus der Reihe der Kriegführenden ausgeschieden. Der erste Riß im Bierverband ist entstanden. Wird es dem Vorstoß gelingen, den völligen Zusammenbruch desselben zu verhindern? Wir glauben es kaum und begrüßen deshalb den bevorstehenden ersten Sonderfrieden als einen Lichtstrahl in dem furchtbaren Chaos des Weltkrieges.

Der montenegrinische Herrscher Nikita hat sich durch die rechtzeitige Anerkennung der Tatsachen wiederum als der kluge Kopf gezeigt, als welcher er bei Freund und Feind immer galt. Als er sah, daß weiterer Widerstand aus eigener Kraft den Montenegrinern nur schwere Opfer bringen würde, das Land aber nicht retten könne, und als er weiter erkannte, daß alle die großmächtigen Bundesbrüder ihm Hilfe nicht gewähren wollten oder konnten, zog er es vor, sich einfach dem Sieger zu unterwerfen und die Waffen zu strecken. Das Schicksal des serbischen Peter wollte er sich, und das Elend des landflüchtigen serbischen Heeres (oder der Reste davon) dem montenegrinischen Aufgebot ersparen. Nachdem die montenegrinische Streitmacht entwaffnet ist, werden die Friedensverhandlungen beginnen. Es ist anzunehmen, daß die österreichisch-ungarische Regierung keine Bedingungen stellen wird, die über das Maß dessen hinausgehen, was im zwingenden eigenen Interesse notwendig ist. Dies Interesse aber liegt in der Sicherung dagegen, daß Montenegro wieder als Vorposten Rußlands im Westen oder als Trümpf im italienischen Spiel um die Adria dient. Im übrigen mag das Völklein der schwarzen Berge sich nach eigener Bequemlichkeit und Neigung wie bisher seinen Staat gestalten.

Die unmittelbare Folge der Unterwerfung Montenegros wird, abgesehen von dem Eindruck auf die neutralen Staaten, sein, daß die — wenn man so sagen darf — italienische Hilfsexpedition für die Serben nach Albanien höchst gefährdet ist. Der Norden Albanien mit Skutari ist in der Macht der Oesterreicher und der mittlere Teil mit Durazzo ist für die Italiener nicht mehr sicher. Valona und Umgegend werden aber eine sehr unsichere Position, wenn die Albaner über das „Preßige“ Italiens zu lachen beginnen.

In Italien weiß man, wenigstens in den regierenden Kreisen, ganz gut, welche Bedeutung Montenegro für die ganze Adriapolitik hat. Deshalb die fortwährenden Versicherungen, Montenegro werde sich halten. Noch am Sonntag, also zu der Zeit, da die Kapitulation schon sicher war, brachte das Regierungsorgan „Tribuna“ die Erklärung, es habe aus zuverlässiger, montenegrinischer Quelle erfahren, daß die Serben

nach der Eroberung des Löwenberges Montenegro in der Meinung, daß jede Hoffnung auf eine weitere wirksame Verteidigung künftig eitel sei, einen Sonderfrieden oder zum wenigsten einen Waffenstillstand schließen wolle, jeder Begründung entbehren. König und Volk von Montenegro werden fortfahren, bis zum letzten Mann und bis zum letzten Patrone zu kämpfen.

„Bis zum letzten Mann und bis zum letzten Patrone!“ Wie voll das klingt. Und tags darauf muß wohl oder übel mitgeteilt werden, daß die Montenegriner die bedingungslose Waffenstreckung einer hoffnungslosen Zerschmetterung vorgezogen hätten.

Der erste Sonderfriede! Vielleicht wird man gerade in Italien nachdenklich werden und sich sagen, daß die Leute auf der andern Seite der Adria eigentlich doch ganz vernünftig gehandelt hätten, als sie sich von der Entente, die nur schöne Worte für sie hatte, trennen und zu retten trachten, was noch zu retten war.

Über die näheren Umstände der Kapitulation wird aus Wien gemeldet: Montenegros Friedensangebot erfolgte durch zwei Minister und einen Artilleriemajor. Diese Bevollmächtigten Nikitas begaben sich dank mit den unferen nach Cetinje, wo die Friedensverhandlungen stattfinden sollen. Das wird aber nicht eher geschehen, als bis unsere Kapitulationsbedingungen restlos durchgeführt sind. Das Hauptaugenmerk wird darauf gerichtet werden, einen späteren Bandenkrieg unmöglich zu machen. Alle modernen Waffen müssen abgeliefert werden. Dagegen wird man der Bevölkerung die veralteten, rein dekorativen Waffen belassen. Die Zahl der Frauen, die Heeresdienste geleistet haben, hatte sehr abgenommen, seitdem Nikita nicht nur keinen Sold mehr zahlte, sondern auch anordnete, daß jede Familie ihre im Heere stehenden Angehörigen selbst verpflegen müsse. In alle festen Plätze und größeren Ortschaften des Landes kommen österreichische Garnisonen, ebenso wird die einzige Eisenbahn Montenegros, die von Antivari nach Birpaga am Skutarisee führt, besetzt. Aber das Schicksal Nikitas herrscht noch keine Klarheit. Wie verlautet, befindet er sich in Skutari. In den Besprechungen der Presse werden neben Leistungen der österreichisch-ungarischen Armee auch die Verdienste der Flotte gebührend hervorgehoben, die ihre Aktionsfreiheit gegenüber der erdrückenden Obermacht der französischen, englischen und italienischen Marine zu behaupten mußte.

Gegenüber der Kapitulation Montenegros treten die Ereignisse auf den übrigen Kriegsschauplätzen natürlich in den Hintergrund. In der bejarabischen und osigalischen Front herrscht verhältnismäßige Ruhe, die beiden Seiten auch sehr nottut. Haben die ungarischen Truppen doch am 14. Januar auf einem 4 Kilometer langen Frontabschnitt vierzig russische Angriffe zurückgeschlagen. Was das bedeutet, kann man sich kaum vorstellen.

Nachdem die russische Offensive und damit die erhoffte Einwirkung auf Rumänien wohl als gescheitert anzusehen ist, versucht Rußland nunmehr andere Seiten gegen Rumänien aufzugiechen. Aus Bukarest wird gemeldet, der Bierverband wolle, wie es scheint, Rumänien gegenüber dieselbe Haltung einnehmen wie gegen Griechenland. Dies beweist die Forderung Rußlands, daß die rumänische Regierung alle russischen Militärflüchtlinge, sogar die bejarabischen Rumänen, an Rußland ausliefere. Die rumänische Presse ist über diese Forderung empört und fordert die Regierung zur energischen Zurückweisung dieser Forderung auf.

Daß der Bierverband mit Rumänien so leichtes Spiel hat wie mit Griechenland, möchten wir stark bezweifeln. Denn was Griechenland sich von der Entente alles bieten lassen muß, geht kaum auf eine Ruhhaut. In interessanter Weise schildert einer unserer Mitarbeiter, ein früherer Kavallerieoffizier, die Lage Griechenlands wie folgt:

Im deutsch-französischen Kriege 1870/71 war der Fall da, daß eine geschlagene französische Armee, nämlich jene Bourbais, in die Schweiz, also auf neutrales Gebiet, übertrat. Sie wurde hier schnell entwaffnet. Wäre es nicht geschehen, so wären ihm die Deutschen sofort gefolgt. Die Schlacht von Sedan hätte sich bekanntlich in unmittelbarer

Nähe der belgischen Grenze ab. Es lag insolge dessen auch hier die Gefahr nahe, daß geschlagene französische Truppen sich nach Belgien zurückziehen würden. Angesichts dieser Möglichkeit ordnete Moltke vor der Schlacht an, daß, wenn dies geschähe, die deutschen Truppen den Besiegten sofort auf belgisches Gebiet zu folgen hätten, wenn sie hier nicht augenblicklich entwaffnet würden. Diese Beispiele lehren zur Genüge, daß im Kriege ein neutrales Gebiet aufhört, neutral zu sein, sofern Truppen einer der kriegführenden Parteien sich dahin flüchten und auf ihm nicht sofort der Entwaffnung unterzogen werden. Im neuen Balkankrieg wurde dieser Grundsatz bekanntlich nicht durchgeführt. Die von den Bulgaren am 12. Dezember 1915 schwer geschlagenen Franzosen und Engländer zogen sich auf griechisches Gebiet zurück, obwohl Griechenland am Kriege nicht beteiligt ist und die Bulgaren verfolgten sie nicht. Selbstverständlich verfuhr die in der Weise nicht aus Mangel an Energie, denn sie sind auch im Kriege sehr energische Leute; vielmehr waren hier einzig und allein diplomatische Gesichtspunkte maßgebend. Wie richtig das erwähnte, militärische Prinzip vom rein militärischen Standpunkte aus ist, zeigen die Vorgänge der letzten Zeit in Griechenland. Die Engländer und Franzosen richteten sich auf griechischem Gebiet häuslich ein, spielten sich als die Herren Griechenlands und seiner Regierung auf, legten große Befestigungen an und liehen Mannschaften, Munition und Kriegsgerät aller Art nach.

Die bulgarischen, deutschen, österreichisch-ungarischen Truppen aber müssen diesem Treiben untätig zusehen und still bleiben, während der Feind sich immer mehr verfestigt, obwohl sie ihm das Geschäft gründlich verderben könnten. Für die Führer und ihre Soldaten bedeutet dies natürlich eine kolossale Geduldprobe. Dem Generalfeldmarschall Radenjen und den übrigen Generalen muß es seit vier Wochen in allen Fingern jucken. Aber sie müssen ihre Gefühle bändigen. Die bitterste Seite der militärischen Disziplin besteht vielleicht darin, daß der Soldat auf einen sicheren Sieg verzichten können, wenn es ihm befohlen wird.

Man kann begierig sein, wie lange die Situation noch so dauern wird. Je länger sie währt, um so mehr Zeit haben die Engländer und Franzosen, sich in Griechenland numerisch und fortifikatorisch zu verfestigen und um so größer wird die Aussicht, daß auch auf diesem Kriegsschauplatz ein langwieriger Positionskrieg entsteht. Das, was man in ein paar Wochen hätte erledigen können, wenn einzig und allein die militärischen Rücksichten den Ausschlag gegeben und diplomatische Ermägungen nicht mitgespielt hätten, wird dann nach Umständen Monate beanspruchen.

Auch für Griechenland selbst ist die Lage nahezu unerträglich, denn das Land kommt nicht einmal zu dem geringen Maß von Ruhe, die andere neutrale Staaten wie z. B. Holland und die Schweiz haben. Es jähweht fortwährend in der bedrohlichsten Weise am Abgrund eines Krieges. Und dabei ist es zwischen zwei Mächtegruppen eingeklemmt, die ihm gegenüber eine zermalmende Übermacht besitzen. Sein Verhalten England und Frankreich gegenüber wird damit erklärt, daß die übermächtige Flotte dieser Staaten ihm die Zufuhr abschneiden und namentlich die Einwohner seiner Inseln direkt dem Hungertode preisgeben könne. Es ist aber sehr zu bezweifeln, ob Frankreich und England solche Gewaltmaßregeln gegen die Inseln anwenden würden, denn sie würden damit ihre eigene Geschäfte in einer nie dagewesenen Weise bejudeeln. Ein solches Rezept könnte allenfalls gegen Wilde und Kaffern angewendet werden, obwohl auch hier jeder fühlende Mensch Ekel und Abscheu empfinden würde, aber bei der Zwangslage des Widerstandes der farbigen Rassen sind bekanntlich Skrupel nicht üblich. Daß jedoch ein Kulturstaat es wagen sollte, tausende von Europäern, die auf Inseln leben, absichtlich langam verhungern zu lassen, glauben wir einstweilen nicht. Griechenland täte am besten, keine Inseln einstweilen ihrem Schicksale zu überlassen und sich offen den Zentralmächten, den Bulgaren und der Türkei anzuschließen. Dann könnte es wenigstens sein Festland von seinen Feindern befreien und die Franzosen und Engländer würden sehen, daß auch dieses kleine Königreich nicht machtlos ist. Eine solche Wendung könnte den englischen und französischen Staatsmännern nach Umständen eine sehr unangenehme Kritik im eigenen Lande zuziehen, denn sie hätten dann mit ihrer Brutalität den Gegnern einen neuen Bundesgenossen verschafft.

Die Kriegslage.
Wien, 17. Januar. (Familie) wird berichtet:
Russischer Kriegsschauplatz.
In der bejarabischen und osigalischen Front angegriffen russische Armeen haben auch gestern eine Wiederholung ihrer Siege unterlassen. Es herrscht im allgemeinen Ruhe. Nur im Naume Nilsa von Karance vertrieben unsere Truppen unter heftigen Kämpfen den Feind aus seiner vorgeschobenen Stellung. In der Richtung von Sarajewo und Banat sind die russischen Truppen der Front der Oesterreicher sehr gut gelungen. Zwei russische Korps gegen unsere Feldbefestigungen abgewiesen.

Italienischer Kriegsjahresbericht.
Die Gefechtsfronten auf einzelnen Teilen der italienischen Front dauern fort. Der Kriegsverlauf von Ostasien wurde von unseren Truppen wegen des dortigen vereinigten feindlichen Artilleriefeuers wieder geräumt. Im Górgóhien zwangen unser Flieger mehrere italienische Zerstörer zum Sinken und bewarfen feindliche Lager mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsjahresbericht.
Der König von Montenegro und die montenegrinische Regierung haben am 13. Januar um Einstellung der Feindseligkeiten und Beginn der Friedensverhandlungen. Wir antworteten, daß dieser Bitte nur nach bedingungsloser Waffenstillsetzung des montenegrinischen Heeres entsprochen werden könne. Die montenegrinische Regierung hat gestern die von uns gestellte Forderung bedingungsloser Waffenstillsetzung angenommen.

Gegen England.

Die Eisenbahner gegen die Wehrpflicht.
Der ausführende Ausschuss des Eisenbahner-Verbandes nahm gegen die Dienstpflicht einen Beschlus an, in dem es heißt, die Bill begründe die Konfiskation des Lebens der Bürger, liege aber die materielle Hilfsquelle der Nation in den Händen einer privilegierten Klasse und müsse daher von der gesamten Arbeiterschaft bekämpft werden. Wenn die Regierung nicht zunächst jede Art von Kapital konfisziert, werden die Eisenbahner mit allen Mitteln die Konfiszierung der Männer, deren einziges Kapital die Arbeitskraft ist, bekämpfen.

Das Schlachtschiff Edward VII.
Es, wie mit ziemlicher Sicherheit festgestellt werden kann, an der schottischen Küste untergegangen. Der größte Zeisler seiner Besatzung ist in einem schottischen Hafen gelandet worden.

Der Balkanrieg.

Die Alliierten in Griechenland.
Bisher wurden von den Alliierten 2 große und 8 kleinere Strumabrüden geiprengt. — Zahlreiche indische Truppen und viel Material werden fortgesetzt in Saloniki gelandet. — Die Flotte vor Saloniki hat Schlachtdonung eingenommen. Sie liegt in zwei- und dreifacher Reihe vor der Stadt. Die starke Sperre der Einfahrt in den Hafen zwischen dem Großen Kap von Karas-Burnu und dem Verlandungsgebiet des Vardar ist in der letzten Zeit zum Schutze gegen Unterseeboote durch zehn Minenketten und Drahtnetze verstärkt worden.

Die Besetzung des griechischen Kriegshafens Phaleron durch die Entente wird amtlich bestätigt. Die Entente kann von Phaleron aus die Verbindung Athens mit dem Hafen von Piräus gefährden. Die Besetzung von Phaleron erregte in Athen eine Panik und ungeheure Enttäuschungsstimmungen gegen die Vertreter der Entente. Durch das rechtzeitige Einschreiten der Behörden wurde ein Angriff des Volkes auf die französische und englische Gesandtschaft verhindert.

Die englisch-französische Flotte läßt nur den täglichen Bedarf an Lebensmitteln für die Bevölkerung in den Häfen ausführen.

Nach einer zuverlässigen Meldung soll auch der Piräus bereits besetzt worden sein.

Neuer griechischer Protest.

Im Kionrat in Athen wurde wegen der erneuten Verletzung der Neutralität eine neue Protestnote an den Vizeverhandlungsgesandten. Ein großer Teil der Staatsarchive soll nach Larissa (Nordwestgriechenland) geschafft worden sein, wohin bei eventueller Gefahr die griechische Hauptstadt verlegt werden soll.

Die Reichsheerparteien der griechischen Kammer brachten einen Antrag bei der Regierung ein, die sofortige Entziehung der Truppen der Entente vom griechischen Staatsgebiet herbeizuführen.

Die Kämpfe im Orient.

Das türkische Hauptquartier.
teilt unter dem 17. Januar mit: In der Trakienfront hält der ausgedehnte Artilleriekampf bei Kule-Amarra an. In der Kaukasusfront liegt der Feind auch gestern keine Angriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich des Aras-Flusses vor. In diesem Abzuge mußten unsere Truppen, die seit einer Woche die benachbarten Kräfte des feindlichen Heeres in der Nähe des Tales D angriffen, aus ihrer vorgeschobenen Stellung an einer kleinen Abwehr zurückgehen. Südlich von Aras brachten wir dem Feind in Kalkandjan in den vorgeschobenen Stellungen große Verluste bei. Wir erbeuteten eine Menge Waffen. Von den Dardanellen ist nichts zu merken.

Japanische Kreuzer nach dem Suez-Kanal.
Das Pariser „Journal“ meldet: Aus Tokio gehen drei japanische Kreuzer, nämlich „Arakawa“, „Takama“ und „Chitose“ nach dem Suez-Kanal ab, entweder zum Schutze der japanischen Schiffe im Mittelmeer oder zur Bekämpfung der Verfechtung des Kanals.

Die Etatsberatung im preußischen Abgeordnetenhaus.

Das preußische Abgeordnetenhaus befaßte sich am Montag — nachdem das vorherige Verbot durch Jura aufgehoben war — in erster Lesung mit dem Etat. Der kommunistische Redner W. D. v. H. sprach sich über die Bedeutung der Etatsberatung und gab seinen und seiner Freunde Absichten gegen die Reichsfinanzverwaltung kund. Er sprach sich besonders über die Erhöhung der Steuern aus, die die Reichsregierung durch die Veranschlagung der Etatsberatung zu bewerkstelligen beabsichtigt. Er sprach sich auch über die Erhöhung der Steuern aus, die die Reichsregierung durch die Veranschlagung der Etatsberatung zu bewerkstelligen beabsichtigt. Er sprach sich auch über die Erhöhung der Steuern aus, die die Reichsregierung durch die Veranschlagung der Etatsberatung zu bewerkstelligen beabsichtigt.

er sich sonderbarer Weise damit einverstanden erklärte, daß die Zustimmung der Reichstagsfraktion verweigert wird.
Abg. H. v. L. v. dem Zentrum ging zunächst auf die Frage der Volksernährung ein, wobei er sich ähnlich äußerte, wie er es wiederholt im Reichstage getan hat. Hinsichtlich des Wahlrechts verweirte er auf die frühere Haltung seiner Freunde.

Hierauf kam Genosse H. v. L. zum Wort, der zunächst namens der sozialdemokratischen Landtagsfraktion untenstehende Erklärung über die Kriegsziele verlas. Dann verbreitete sich unter Genosse über alle das Wirtschaftsleben berührende Fragen; in erster Linie befaßte er sich mit der Lebensmittelversorgung, wobei er die Regierung tadelte, weil sie nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen auf diesem Gebiet ergriffen habe. Mit Recht wies er auf den Einfluß des preussischen Landwirtschaftsministers auf den Bundesrat hin. Jedes energische Vorgehen müsse man vermissen. Zur Kriegszufuhr äußerte er größere Bedenken als die Regierung, ganz besonders verlangte er, daß die Regierung auch die Arbeiter für die Produktion von Munition einziehen dürfe, und daß die Regierung bereits heute Maßnahmen erwäge, wie dem nach dem Kriege eintretenden Wohnungsmangel und der Arbeitslosigkeit zu begegnen sei. Mit dem Grundgedanken der Steuererhöhung erklärte sich Redner einverstanden, forderte aber eine stärkere Schonung der kleinen Einkommen. Schließlich ging Genosse H. v. L. auf die eigentlichen Verwaltungsverhältnisse ein. Er verlangte die Beilegung einer Reihe von Gelehen, vor allem der Gelehenordnung, ferner die Abkehr von der Polen- und Dänen-Politik und die sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Der Minister des Innern v. Loebell polemisierte gegen die Ausführungen H. v. L. über die Kriegsziele und gab die Erklärung ab, daß die Regierung erst nach dem Kriege das Wahlrecht zu ändern beabsichtige. Die Regierung wolle nicht unnötig die Gegensätze zwischen den Parteien aufwühlen. Auch die Polen-Politik würde dann geändert werden. Bis dahin müßten sich die Polen mit einer entgegenkommenden Haltung der Regierung begnügen. Die sozialdemokratische Partei werde hoffentlich auch im Frieden den Weg weiter gehen, den sie bei Kriegsausbruch zum Segen Deutschlands beschritten habe. Gehebe das, dann werde die Partei ihren Platz auf dem Boden des Staatsgedankens und an der Seite der anderen Parteien finden.

Dr. Friedberg (Natl.) polemisierte gegen das sozialdemokratische Vorgehen bei seiner Kritik in sachlichen Bahnen bewegte. Der Antrag unserer Genossen, Maßnahmen zur Vorbeugung einer Wohnungsnot zu ergreifen, stimmte er zu. Hinsichtlich des Wahlrechts vertrat er den Standpunkt, den seine Freunde bereits in der vorherigen Session vertreten haben, daß die Zeit des kriegs-träglichen Friedensprogramms, wobei allerdings betont werden muß, zujähriges nicht geeignet sei, eine derartige Reform durchzuführen. Nach weiteren Ausführungen des Finanzministers und des Freiherrn v. Ledebur, dessen Standpunkt zur Genüge bekannt ist, wurde der Etat der Kommission überwiesen.

Morgen stehen mit kleine Vorlagen zur Beratung.

Sozialdemokratische Erklärung im preussischen Landtage.

Im preussischen Landtage gab am Montag Genosse H. v. L. im Namen der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Als wir im vorigen Sommer auseinandergingen, gaben wir uns der Hoffnung hin, daß wir in diesem Frühjahr unsere Arbeiten im Zeichen des Friedens erledigen könnten. Diese Hoffnung ist leider nicht in Erfüllung gegangen, im Gegenteil, der Weltkrieg hat an Ausdehnung zugenommen, und noch immer ist kein Ende nicht abzusehen.

Die Regierung dieses Landes hat bisher ihrem Friedenswillen öffentlich in einer form Ausdruck verliehen, die es den Regierungen der anderen kriegführenden Länder oder einer neutralen Regierung ermöglicht, amtlich Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Der deutsche Reichskongress hat am 9. Dezember 1915 im Reichstage erklärt:

„Kommen aus unsere Feinde mit Friedensangeboten, die der Würde und Sicherheit Deutschlands entsprechen, so sind wir alle Zeit bereit, sie zu diskutieren. In dem vollen Bewußtsein der großen, von uns ererbten und unerschütterlich stehenden Verantwortung für die Zukunft des Landes, das Europa und die Welt erfüllt. Es soll nicht heißen, wir wollen den Krieg auch nur um einen Tag unnötig verlängern, weil wir noch dieses und jenes Kaufpfand erobern wollen.“

Diese Worte sprechen ebenso wenig wie ähnliche Regierungs- und Parlamentsreden eine Friedensbereitschaft aus, die zu Friedensverhandlungen führen könnte; sie betonen allerdings die Bereitschaft zu einem Frieden, aber nur auf der Grundlage des eigenen Sieges und seiner Anerkennung durch Unterwerfung des Gegners.

Wir verlangen, daß der Reichstag, der öffentlich kein Wort des Widerstands gegen die ungeheuerlichen Anzionspläne mächtiger Wirtschaftskörperschaften und anderer höchst einflussreicher Kreise gefunden hat, nicht nur diese Pläne entschieden zurückweist, sondern sich von jeder Anzionspolitik löst.

Eine solche Politik ist das entscheidende Hindernis für jeden Friedensschluß; sie weigert die Entschlossenheit der Feinde zum Frieden und ist als solche unannehmlich. Und die Drohung des Reichstages, je länger und beherrlicher die Feinde den Krieg gegen uns führen, um so mehr würden die von ihnen auf die Zentralmacht zu leistenden Sanktionen wachsen, muß die Erbitterung noch verstärken. Die Fortsetzung dieser imperialistischen Gewaltpolitik nach wie vor dazu führen, den Frieden in unabsehbarer Ferne zu stellen und die europäische Bevölkerung und Kultur in einem immer wahnwitzigeren Erbschaftskrieg zu vernichten, in dem es keinen Sieger, nur Besiegte geben wird. Jede Verwirklichung der Erbschaftskriegspläne würde den Keim neuer Kriege in sich tragen.

Genau lebenswichtig ist es, daß auch nach sozialdemokratischen Grundsätzen kein Mensch Deutschland einen Frieden zumuten darf, der die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des deutschen Volkes ansetzt. Schon aus dem Grunde nicht weil die Folgen eines solchen Friedens von dem unterliegenden Volk nicht zuletzt von der Arbeiterklasse, als unannehmlich empfunden werden und nur die Wiederholung der jetzigen schmerzlichen Erfahrungen herbeiführen würden. Diese Erfahrungen erweisen uns nicht in der Schaffung eines imperialistischen „Groß-Deutschland“ oder Mittelempas, sondern in politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zu einander, wie sie durch den Ausbau der Demokratie, die Befestigung der Schiedsgerichtsbarkeit und die auf freier Vereinbarung beruhende Aufhebung der Zollbarrieren herbeizuführen sind. Aber ungeachtet dessen ist als internationale Sozialdemokraten — getreu unserer programmatischen Grundsätzen und unserer ganzen Weltanschauung — auch niemals die Hand dazu bieten, daß andere Völker unterjocht und daß deren politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbstständigkeit angetastet wird. Denn wir sind der festen Überzeugung, daß die Interessen der Völker, die heute feindselig gegenüberstehen, genau so wie die Interessen der Völker selbst zu befriedigen sind.

Unser Vorkommen nach werden die Feinde nur dann zu einem Frieden bereit sein, wenn auch ihnen die gleichen Sicherungen und dieselbe Schonung ihrer nationalen Rechte und Interessen gewährleistet werden, wie wir Sozialdemokraten sie für Deutschland beanspruchen. Insbesondere verlangen wir, daß die völlige Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Belgians wieder hergestellt und daß diesem Lande zugehörig und selbst vom Reichstag am 1. Januar 1914 eingetragene Unrecht in vollem Umfang wieder aufgehoben wird.

Nach dem ganzen Stand der Dinge, nach dem Kampferhältnis der verschiedenen Parteien untereinander, muß jeder künftige Friedensschluß als ein Kompromiß betrachtet werden, der nur dann einen anderen Schritt ein Zug erzwingen werden könnte, je gewaltig, daß es möglich wäre, dem Gegner die Friedensbedingungen zu diktieren.

In keinem Lande hat das Volk den Krieg gewählt. In allen Ländern haben die Massen immer ungehört, daß dem künftigen Friedensschluß ein Ende gemacht und der unpopuläre Zustand wieder aufgehoben werden soll. Die Arbeiterklasse hat sich nicht an den Krieg beteiligt, sondern sie hat sich gegen den Krieg ausgesprochen und sie hat sich gegen den Krieg ausgesprochen.

sehbar sind die Opfer, die die Völker schon jetzt gebracht haben. Jeder Tag läßt das Meer von Blut und Tränen anschwellen. Sind sich die, die den Krieg heraufbeschworen haben, die das furchtbare Maß der Schuld gegenüber dem eigenen Volke wie der gesamten Menschheit tragen, ihrer Verantwortung bewußt? Gestand ihnen nicht vor dem weiteren Anwachsen der ungeheuren Erbitterung, die jede Verlängerung des Krieges aufpeitschen muß?

Wenn die Regierungen der kriegführenden Länder heute noch nichts von einem Frieden wissen wollen, so sehen sie sich damit auf eine neue in schärfstem Widerspruch zu der großen Masse des Volkes aller Nationen, das nichts sehnlicher herbeiwünscht, als den Tag, an dem es sich wieder friedlicher Kulturarbeit widmen kann.

Millionen blühender Menschenleben sind vernichtet, weitere Millionen zeitlichen verkrüppelt oder mit schleichendem Stochum behaftet. Zahllose Existenzen sind zerstört. In einigen Monaten ist die Kultur eines Jahrhunderts zerstört, und vieler Jahrzehnte wird es bedürfen, das Zertrümmerte wieder aufzubauen.

Die Regierung, die auch jetzt noch nicht die Hand zum Frieden bietet, häuft dadurch das furchtbare Maß der Schuld gegenüber dem eigenen Volke wie der gesamten Menschheit. Wir fordern, daß die deutsche Regierung den Regierungen der anderen Länder vorangeht, ihre Eroberungspläne aufgibt und damit die Bahn ebnet für den einzigen, den Interessen der Menschheit dienenden Frieden. Der Ausbruch und der Verlauf des Krieges haben vor aller Welt das imperialistische Gewaltsystem gebranntmarkt. Nicht durch die Macht der Bajonette, nicht durch Eroberungen und Vergewaltigungen, nicht durch das Aufwerfen neuer Bollwerke im Gestalt von Gebietsverweiterungen kann Friede und Kultur gesichert werden, sondern allein durch die bewußte, opfer- und kampfbereite Interessensolidarität der Proletariat aller Länder.

Die Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens, die am 14. und 15. Januar 1916 tagte, befaßte sich mit der politischen Situation in Preußen und nahm, nachdem ihr die von der Fraktion zur Erörterung formulierte Erklärung vorgelegt worden war, mit 25 gegen 6 Stimmen bei einer Enthaltung, folgenden Beschluß an:

„Die Landeskommission, nach dem Statut zur Führung der Parteigeschäfte der Sozialdemokratie Preußens berufen, kann der von der Mehrheit der Landtagsfraktion beschlossenen Erklärung zum Kriege nicht zustimmen. Sie billigt die Haltung und Politik der Reichstagsfraktion, die in der Erklärung vom 1. August 1914 festgelegt ist und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen.“

Nach Annahme dieses Beschlusses trat die Landtagsfraktion zu erneuter Beratung ihrer Erklärung zusammen. Die Fraktion nahm zwar einige Änderungen an ihrer Erklärung vor, berücksichtigte aber wesentliche Wünsche der Landeskommission nicht. Darauf faßte die Landeskommission mit 21 gegen 5 Stimmen folgenden Beschluß:

„Die Landeskommission bedauert, daß die Fraktion des Abgeordnetenhauses den gefügigen mit 25 gegen 6 Stimmen gefaßten Beschluß, wonach die Landeskommission erwartet, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen, nicht berücksichtigt hat.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen die neuen Steuerzuschläge

macht das Herrenhausmitglied Graf von Mirbach-Sorquitten mobil. Er fordert größte Schonung des Großgrundbesitzes, dessen Rente nicht mehr als 1-2% betrage. Der Herr findet im „Berliner Tageblatt“ einen Mitarbeiter, der als Gegner direkter Steuern fürchtet, daß eine immer höher sich stufende Besteuerung den Reiz, mehr Geld als bisher zu verdienen, beeinträchtigt und die Möglichkeit der Erhaltung eines wichtigen Teils der Steuerquelle in Bejornnis erregende Nähe rückt. Die Unternehmungslust und der notwendige Trieb zum Geldverdienen und zum Vermehren des Einkommens werde ertötet, wenn der Steuerzahler mit der Gewissheit rechnen müsse, daß er dann auf höhere Steuern wählen müsse. Dieser fadenstehende und durchaus unzutreffende Einwand gegen hohe direkte Steuern wird zu frühen versucht durch ein paar gleichwertige Beispiele. Es wird ein „mittleres Einkommen“ von 10 500 Mark bis 11 500 Mark angenommen und herausgerechnet, daß dieses Einkommen statt bisher 379 Mark 445 Mark Staatssteuern zu entrichten haben wird. Zugüglich der Kommunalsteuern, Kirchen- und etwaigen anderen Steuern werde eine jährliche Steuerabgabe von rund 1000 Mark herauskommen. Bei einem Einkommen von 20 000 Mark würden sogar 1800 Mark, bei einem Einkommen von 25 000 Mark 2200 Mark Steuern zu zahlen sein. Das sind fast 10 %, ruft entsetzt der Steuerpolitiker des „Berliner Tageblatts“ aus. Er übersieht nur, daß, wenn die 1000-2200 Mark Steuern aus dem Einkommen entnommen werden, noch ein recht erheblicher Teil des Einkommens zum Verbrauch oder zum Aufspeichern von Vermögen übrig bleibt. Preußen hatte im Jahre 1914 im ganzen 16 127 715 Steuerpflichtige. Davon blieben 8 570 418 steuerfrei, weil deren Einkommen 900 Mark nicht erreichte. Ein Einkommen von über 900 Mark bis 10 500 Mark hatten 7 557 297 Jensten. Rund 6 800 000 hiervon befanden sich in der Einkommensgruppe von 900 Mark bis 3000 Mark. Von den gesamten 16 127 715 Steuerpflichtigen hatten nur 126 765 Steuerzahler ein Einkommen von über 10 500 Mark. Sollen nun diese mehr als 90 % aller Steuerzahler nur um deswillen durch indirekte Steuern und Monopole wirtschaftlich stärker belastet werden, damit die direkten Steuern der großen Einkommen gemindert werden können? Man braucht die Frage nur so zu stellen, um zu zeigen, welche Berechtigung hinter den Steuerwünschen des „Berliner Tageblatts“ steht. Auch der Vorbehalt ist hinfällig, daß man indirekte Steuern machen könne, welche die eigentlichen Steuern und weniger des Leibes Notdurft treffen. Steuern auf wirkliche Genußmittel, also Luxusgegenstände, bringen nichts ein, das ist eine bekannte Tatsache. Indirekte Steuern werden, weil sie ertragreich sein sollen, immer nur auf notwendige Gebrauchsgegenstände gelegt und dann treffen sie mit voller Macht die ärmeren und unbemittelteren Schichten, die eben leider die Masse der Bevölkerung ausmachen. Soll eine Steuer gerecht sein, kann sie nur nach dem Vermögen und Einkommen bemessen werden und will man dann das nicht, dann soll man wenigstens den Mut haben, einzugehen, daß die besitzende Klasse, der der Krieg wahrlich seinen Schaden gebracht hat, die Lasten dieses Krieges auch wieder auf die Besitzlosen abwälzen will.

Änderung des Knappschaftsversicherungsgesetzes.

Ein Antrag auf Änderung des Gesetzentwurfs betreffend Ergänzung des Knappschaftsversicherungsgesetzes hat die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses eingebracht. Nach § 8 des genannten Gesetzes dürfen Knappschaftsversicherungen, die aus Anlaß des Krieges gestrichelt sind, nicht auf Knappschaftsversicherungen umgewandelt werden. Der

Strom wünscht nun eine Verringerung des Geheltes dahin, daß Militärpensionen nicht nur auf Invalidenpensionen, sondern auf knappschaftliche Pensionen überhaup nicht angerechnet werden dürfen.

Verjährung der Reichstagswahlen.

Da damit gerechnet werden muß, daß wir auch noch einen dritten Kriegswinter erleben, so beschließen sich bereits jetzt politische Kreise mit der Möglichkeit einer Verjährung der im Januar 1917 fälligen nächsten Reichstagswahlen. So behandelt im „Leipziger Tageblatt“ der nationalliberale Reichstagsabgeordnete für Leipzig, Geh. Justizrat Dr. Jund, diese Frage. Er schreibt u. a.:

„Daß die Verlängerung der Amtsdauer eines einzelnen Reichstages über die geltenden 5 Jahre hinaus möglich, verfassungsrechtlich zulässig ist, darf als feststehend angenommen werden. War doch der Reichstag im Jahre 1870 in ganz gleicher Lage. Sein normales Leben wäre am 31. August 1870 abgelaufen gewesen. Man verlängerte es durch Beschluß vom 21. Juli 1870, und zwar „für die Dauer des gegenwärtigen Krieges mit Frankreich, jedoch nicht über den 31. Dezember 1870 hinaus“. Zur Sache selbst sind wir der Ansicht: in keinem Falle dürfen die Wahlen zum neuen Reichstage stattfinden, solange Millionen von Bürgern im Felde stehen. Das wäre zunächst ungerecht ihnen gegenüber. Sie haben erhöhten Anspruch darauf, mitzubestimmen — dazu dient das Wahlrecht —, wie es in dem Vaterlande, für das sie ihr Leben einsetzen, derentsprechend ausfallen soll. Wir gehen, indem wir dies sagen, allerdings davon aus, daß vieles anders werden kann und soll. Darüber später. Schlechthin unmöglich ist es für uns, auch nur daran zu denken, diese Mitbestimmung ganz allein denen zu überlassen, die unterdessen im Lande gewiß auch manches entbehren und tragen mußten, aber alles dies nicht entfernt vergleichen dürfen mit dem, was jene erduldeten. Wir schlagen damit übrigens nur Gedankenansätze an, die schon früher zur „Streichung“ anderer parlamentarischer Vertretungsformen geführt haben. Wir fügen aber hinzu: nicht nur das Gefühl der Gerechtigkeit entscheidet. Sondern auch das — bereits kurz erwähnte — Ziel einer Erneuerung unseres politischen Lebens, oder wie der Kanzler sagte: der Neuorientierung unserer inneren Politik. Die Amtsdauer des Reichstages muß verlängert werden, sobald feststeht, daß der Weltkrieg noch so lange währt, daß etwaige Neuwahlen und Ausschluß unserer Volksgenossen im Felde stattfinden müßten. Mit aller Entschiedenheit lehnen wir — persönlich — den Gedanken ab: der Reichstag solle auf jeden Fall verlängert werden, da es unerträglich sein würde, wenn etwa gleich oder bald nach dem Frieden Wahlen nötig wären. Gewiß wohlmeinend wird gesagt, man möchte doch dem deutschen Volke die Zerklüftung und Verbitterung eines Wahlkampfes in der beginnenden goldenen Friedenszeit ersparen. Wir halten dies für grundfalsch. Politisches Leben im Volke ist kein Nebel! Ganz im Gegenteil wünschen wir unserem Volke recht bald das reinigende Bad eines Wahlkampfes, von dem wir freilich gerade zufolge der Teilnahme unserer Krieger einen etwas größeren Zug, weniger Kleinlichkeit als früher, erhoffen.“

Die Abhaltung der General-Versammlung des Bundes der Landwirte

Ist auch in diesem Jahre nicht gestattet, da eine Störung des Burgfriedens insbesondere durch die vorherige Agitation für die General-Versammlung im Reichs befürchtet wird.

Mus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 18. Januar.

Nächte, die so dunkel und schwer sind.

Der Schlaf ist ein Göttergeschenk. Der gesunde, tiefe, erquickende Schlaf. Der größte Dieb, sagt ein Sprichwort, er stiehlt uns einen erheblichen Teil des Lebens. Gut geschlafen, halb geessen, heißt es nach einem andern. Jedenfalls kann ohne ausreichenden Schlummer kein Mensch auf die Dauer bestehen. Ist er nicht an Gesundheit, Körpergewicht und Wohlbestinden erhebliche Einbuße erleiden. Die Götter schenken in einer launigen Stunde den Schlaf, und die Menschen erfinden in einer glücklichen Stunde das Bett dazu, ohne welches der Schlummer an Köstlichkeit weitentlich verliert. Zu einem guten Schlaf gehört ein gutes Bett. Es ist die Vorbedingung dazu. Wer hat's erfunden, erdacht? Eine Schlemmernatur, gewiß. Aber niemand kennt ihn. Kein Lied, kein Heldenbuch nennt seinen Namen, untergegangen im Dunkel der Zeiten ist sein Andenken. Denkmäler, wohin du trittst auf der Erde, für alle möglichen Leute, alle erdenklichen Verdienste, dem Schöpfer des Bettes hat man keine gesetzt. Auch nicht nötig. Wie der Heineverehrer in dessen Werken das schönste und dauerndste Denkmal erblickt, so der dankbare Schläfer, der sich des Abends mit einem wohligen Anjatten ins Bett sinken läßt und gönnerhaft brummt: „So 'n Bett, das ist doch wirklich was Schönes, wer das erdacht hat...“

Zum Schlaf, zum köstlichen Schlaf, gehört aber nicht nur ein Bett, es gehört dazu ein von den größten Lebensorgen befreites Gemüt. Sonst kann das molligste Bett zur Qual werden. „Schlafe gut, träume süß!“ Ein frommer, schöner Wunsch. Wo Schrecksgepenste gangeln, kann die arme, geplagte Seele keine Ruhe finden. Sorgen sind am Tage schon schlimm, in der Nacht können sie zur Tortur werden. Wer es früher nicht erfahren hat, konnte es in diesen Kriegszeiten erleben. Im Frieden gab es auch Sorgen, beruflicher, gesundheitlicher und sonstiger Art. Sie waren meist zu überwinden. Nun aber wachsen sie ins Gigantische und greifen brennend heiß ans Herz. Wenn die Nacht kommt und Millionen müder Menschen sich zur Ruhe begeben, dann kommen sie, die höllischen Gestalten und setzen sich auf die Bettkante und bleiben getreulich bis der Morgenstern erlischt. Fast ein jeder hat draußen im Felde einen Lieben, von dem er in jeglicher Stunde nicht wissen kann, wie es ihm geht. Da setzt dann das Grübeln ein, das Ragen und Bohren, die stumme, bange Frage: „Wo bist du und wie geht es dir?“

Da können die Nächte so lang werden, so lang und schwer. Da hört das Ohr jeden Glöckenschlag, es hört des Nachbarn Hund bellen und den Wasserhahn in der Küche tropfen. Und die Stunden rücken mit kleinerer Müdigkeit vorwärts. Und immer denken: Da draußen ist Krieg, da geht es ums Ganze, und da knallen die Gewehre und donnern die Geschütze. Und so geht es die ganze Nacht, mit kurzen Unterbrechungen, und die Lippen werden trocken und die Augen schmerzen und das Herz klopfet so heftig am Tag und Nacht.

Und wenn es draußen, am Himmel, dämmert, fallen die Lider schwer und trinken zu und die Seele schlummert noch einmal kurz ein, bis die Pflicht ruft, streng und gebieterisch. Ach, die Nacht war so lang und doch so kurz.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Dezember 1915. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr): es betrug die Zahl der Geburten 49 (37), darunter Kriegesgeburtungen 29 (11), Geburten 135 (245), Sterbefälle 151 (158). Die Geburtenüberschüsse

also gegen das Vorjahr um 12 zu, die Geburten dagegen um 110 und die der Sterbefälle um 7 ab. Die natürliche Bevölkerungsbewegung ergab einen Verlust von 16 (im Dezember 1914 einen Gewinn von 87) Köpfen. Unter den Geborenen waren 14 oder 10,4 Proz. (33 oder 13,4 Proz.) unehelich und 3 oder 2,2 Proz. (8 oder 3,3 Proz.) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 12 (28) Fällen auf unter 1 Jahr und in 39 (40) Fällen auf über 70 Jahre. Todesursache war in 26 (26) Fällen die Krankheit der Kreislauforgane, in 17 Fällen Lungenerkrankung, in 11 Fällen Krebs und in 9 Fällen Lungenemphysem. In 11 Fällen Krankheiten erlagen 8 Personen, davon starben 6 an Diphtherie und je 1 an Malaria und Typhus. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 133 gemeldet, 86mal Diphtherie, 22mal Scharlach, 20mal Malaria, je 2mal Typhus und Wochenbettfieber und 1mal Genickstarre. Gewalttätigen Todes erlitten 12 Personen und zwar 3 durch Selbstmord, 8 durch Verunglückung und 1 deutscher Kriegsteilnehmer infolge Kriegsverletzung. Ferner starben je 1 deutscher Kriegsteilnehmer an Lungenerkrankung, Blinddarmentzündung, anderen Krankheiten der Verdauungsorgane und Herz-Kreisläuf, 2 deutsche und 1 ausländischer Kriegsteilnehmer an Lungenemphysem und 2 ausländische Kriegsteilnehmer an Zuckerkrankheit.

Dank für Weihnachtsgaben. Der kommandierende General teilt uns mit: Von den Führern der dem Bezirk des 9. Armeekorps angehörenden Truppen ist mir berichtet, daß die Weihnachtsgaben der Truppen ausgegangen sind und ihren Zweck, den im Felde stehenden Freude zu bereiten und das treue Gedenken der Heimat zu übermitteln, voll erfüllt haben. Dem mir gleichzeitig zugegangenen Wunsch entsprechend übermittle ich allen Beteiligten den warmen Dank der Führer, der Offiziere und der bedachten Mannschaften und schließe mich ihm von ganzem Herzen an.

Ausführung von Leichen in Oesterreich-Ungarn gefallener Krieger. Nachdem das k. u. k. österreichisch-ungarische Kriegsministerium durch Erlass vom 29. September 1915 verfügt hat, daß Anträge auf Rückführung der auf dem russischen Kriegsschauplatz (Nordungarn, Galizien, Bukowina, angrenzendes von den k. u. k. Militärbehörden verwaltetes, okkupiertes Gebiet von Rußisch-Polen) gefallenen oder verstorbenen Kriegeren unmittelbar an das k. u. k. Kriegsministerium in Wien zu richten sind, sieht sich das k. u. k. Kriegsministerium veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß an die Militärkommandos des Armeebereichs Weisung ergangen ist auf tunkünftig rasche Erledigung aller eingehenden Gesuche, soweit sie den Vorschriften der Verfügung entsprechen. Es ist daher überflüssig und bedeutet eine schwere Belastung der für Rückführungsangelegenheiten zur Verfügung stehenden Organe, wenn teils der Antragsteller schon kurz nach Einreichung der Anträge schriftlich oder gar telegraphisch auf eine Bescheinigung gedrängt wird oder um Auskunft erlucht wird, wann eine Entscheidung zu erwarten ist. Das k. u. k. Armeekorpskommando hat infolgedessen verfügt, daß derartige Anfragen an die betreffenden Militärkommandos im Felde nicht weitergeleitet werden, dagegen sind die zur Entscheidung zuständigen Kommandos angewiesen worden, den Eingang der Gesuche den Antragstellern unverzüglich mittels amtlicher Feldpostkarte zu bescheinigen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß vor der Entscheidung die zu pflegenden Erhebungen und Korrespondenzen mitunter außerordentlich umfangreich sind und eine längere Zeit beanspruchen.

Ausländische Butter. Der Kommission des Senates für die Beschaffung von Nahrungsmitteln und Futtermitteln ist von der Zentral-Einkaufsgesellschaft eine gewisse Menge ausländischer Butter überwiefen, welche jetzt zur Abgabe an die Bevölkerung bereit steht. Der Preis für diese Butter beträgt 2,50 Mark für das Pfund. Die Abgabe erfolgt an jedermann Mittwoch und Sonnabends in der hiesigen Markthalle. Um zu erreichen, daß die Butter der Bevölkerung möglichst allgemein zugute kommt, ist bei dem Kauf die für die Woche geltende Brotkarte vorzulegen. Für Einzelpersonen wird für die Woche 4 Pfund, für 2 und 3 Personen 1 Pfund und für mehr als 3 Personen 1 Pfund abgegeben. Zwecks schneller Abfertigung ist das Geld abgezählt bereit zu halten.

Muß man eingeschriebene Briefe annehmen? Diese für jedermann sehr wichtige Frage hatte unlängst das Oberlandesgericht in Celle zu entscheiden. Der Fall lag folgendermaßen: Ein Kaufmann hatte durch einen von seinem Anwalte abgehandelten eingeschriebenen Brief einem anderen einen bestehenden Vertrag gekündigt. Weil diesem anderen aber der Absender völlig unbekannt war, wurde die Annahme verweigert. Das Gericht kam auf Grund vorstehenden Tatbestandes zu der Überzeugung, daß hier eine rechtsgültige Kündigung vorliegt. Wer die Annahme eines eingeschriebenen Briefes verweigert, hat die sich ergebenden Folgen auf sich zu nehmen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß man im allgemeinen Handelsinteresse verpflichtet ist, einen eingeschriebenen Brief anzunehmen. Wäre das nicht der Fall, so könnte dem andern Teil leicht durch Arglist eine Schädigung zugefügt werden, indem zum Beispiel ein Brief, der eine Kündigung enthalte, zurückgewiesen werde. Auf diese Weise würde die spätere Kündigung ungültig werden.

Eine ernste Mahnung. Wir erhalten folgende Zuschrift: Der dringende Rat, die Militärpersonen nicht mit Getränken zu beschenken, ist vielfach so verstanden worden, daß diesen nichts gegönnt werde. Darum wird der Rat immer noch viel zu viel in den Wind geschlagen. Die Absicht ist aber nicht, die Geschenke einzuschränken, sondern es soll erreicht werden, daß die Beschenkten wirklich einen Vorteil von ihnen haben, nicht aber schweren Schaden. Es treten beim übermäßigen Genuß von Getränken leicht Folgen auf, die den Beschenkten für sein ganzes Leben unglücklich machen, über ihn und seine Angehörigen schweres Leid bringen. Einen solchen Fall wollen wir schildern. Wir empfehlen ihn als warnendes Beispiel der allgemeinen Beachtung: Vom Kriegsgericht ist ein noch nicht 20 Jahre alter Soldat wegen Ungehorsams und tätlichen Angriffs auf einen Vorposten zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Tat, die zur Anklage führte, vollzog sich unter den Einwirkungen übermäßigen Alkoholgenußs. Der junge Mann war als Kriegesfreiwilliger ins Heer eingetreten. Verwundet kehrte er vom Westen heim. Freunde und Bekannte, die er traf, machten ihm möglich, mehr zu trinken, als er vertragen konnte. Wer lange Zeit im Felde stand und dort kaum Gelegenheit hatte, alkoholische Getränke zu sich zu nehmen, erliegt besonders leicht der Verführung. Nicht jeder hat die Willenskraft, die ihn vor dem Zügel bemahrt. — In einer Wirtschaft in C. sah der junge Mann in betrunkenem Zustande. In der Trunkenheit führte er sich ungebührlich auf, verübte er Handlungen, die sich die anderen Gäste verbot. Darüber geriet er mit mehreren Zivilpersonen und einem Soldaten in Streit. Als der Freiwillige zu Täuschlichkeit überging, wurde nach einer Patrouille geschickt. Der Unteroffizier S., der geholt wurde, machte, als er sah, daß er es mit einem Betrunkenen zu tun hatte, gütlich zur Ruhe und forderte den Verwundeten auf, nach Hause zu gehen. Die Aufforderung, seinen Namen zu nennen, beantwortete dieser mit beleidigenden Worten. Der Unteroffizier verließ dann das Lokal und wartete vor der Tür auf einen Schutzmann, nach dem er geschickt hatte. Noch ehe der Schutzmann da war, trat der Betrunkene aus der Wirtschaft, ging aber nicht nach Hause, sondern führte die entgegengesetzte Richtung ein. Jetzt befohl ihm der Unteroffizier, mit ihm zu kommen. Das tat der Kriegesfreiwillige nicht. Er erging sich erneut in beleidigenden Äußerungen und ordnete dem Unteroffizier Faustschläge auf den Kopf. Nun war das Unglück geschehen. Zwei Schutzeleute führten den jungen Mann ab. So kam er vor das Kriegsgericht und zu einerjährigen Gefängnisstrafe. Rühren ist er ein durchaus ruhiger Mensch. Sein Leben ist nun verpuscht, die Hoffnungen, die seine Eltern auf ihn setzten, sind dahin. Was half es, daß er nachher fast verzweifeln wollte, daß er sich selber die schwersten Vorwürfe machte. Ohne die verheerenden Geschenke wäre ihm und seinen Eltern das Unglück erspart geblieben. Er dankt es heute denen nicht, die ihn bewirteten. Diese aber werden sagen, daß sie das nicht gemollt hätten. Das ist ihnen zu glauben. Die Tat aber ist geschehen, und die lächerlichen Folgen bleiben. Darum bitten wir erneut: Geht

andere Geschenke! Das Geld oder noch besser Waren, die jedem nützlich sind. Trage jeder zu seinem Teil dazu bei, daß derartige Fälle sich nicht wiederholen.

Post im Stappengebiet des Oberbefehlshabers Ost. Die Kaiserlich Deutsche Post- und Telegraphenverwaltung im Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost in Romno vermittelt seit dem 15. Januar den Post- und Telegrammverkehr der Bevölkerung unter sich, mit Deutschland und dem Generalgouvernement Warschau. Reichspostanstalten bestehen in Bialystok, Grodno, Romno, Libau, Mittau, Poniowka, Schaulen, Sumalki und Wilna. Zu läufig sind offene gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen, Postanweisungen bis 800 Mk. und Telegramme in dringenden Angelegenheiten bis zu 15 Wörtern. Ueberall muß der Absender seine Wohnung angegeben sein. Die Mitteilungen in den Briefen dürfen nicht über zwei Seiten Viertelgröße hinausgehen. Für Briefsendungen und Postanweisungen gelten die inneren deutschen Gebührensätze, für Telegramme wird die dreifache Wortgebühr, mindestens 1,50 Mk. erhoben. Die Postämter vermitteln auch den Bezug sämtlicher in deutscher Sprache im Deutschen Reich erscheinenden Tageszeitungen und der polnischen Tageszeitungen „Dziennik Pogranski“ und „Kotolik“. Ein Verkehr mit dem neutralen Ausland ist nicht zugelassen.

Verbot der Verendung feuergefährlicher Gegenstände durch die Feldpost und den Privatpaketsverkehr. Im Armeeverordnungsblatt wird geschrieben: Trotz fortgesetzter Warnungen vor der verbotswidrigen Verendung feuergefährlicher Gegenstände durch die Feldpost und im Privatverkehr werden immer noch feuergefährliche Gegenstände (Streichhölzer, Feuerzeuge mit Benzinfüllung und dergleichen) abgehandelt. Durch Selbstentzündung des Inhalts solcher Feldpostpakchen sind in letzter Zeit wiederum mehrere Brandfälle vorgekommen und ganze Eisenbahnladungen vernichtet worden. Dadurch ist den Angehörigen in der Heimat und den im Felde stehenden Truppen ein schwerer Schaden entstanden. Um dem zuvörderhandeln gegen das Verbot zu steuern, werden die Kommandobehörden und Truppenbefehlshaber ersucht, in gewisser Zeitabschnitten an einzelnen Tagen alle eingegangenen Feldpostpakchen und Feldpostpakete in Gegenwart von Offizieren zur Feststellung, ob sich darin feuergefährliche Gegenstände befinden, öffnen zu lassen.

Von etwa ermittelten Fällen ist, unter genauer Bezeichnung der Sendungen nach Absender, Empfänger, Aufgabort und Aufgabzeit, der zuständigen Feldpostanstalt Mitteilung zu machen, die das weitere gemäß § 367 Ziffer 3 a des Strafrechtsgesetzes für das Deutsche Reich veranlaßt. Allen Truppenangehörigen ist durch die Kompanie-, Eskadron-, Batterie- usw. Chefs von Zeit zu Zeit das Verbot der Verendung feuergefährlicher Gegenstände im Privatverkehr aus und nach der Heimat in Erinnerung zu bringen und zu befehlen, entsprechende briefliche Warnungen in die Heimat zu übermitteln. Es wird daran erinnert, daß in den Beständen der Materialdepots Streichhölzer in größeren Mengen zur Deckung des dienstlichen Bedarfs niedergelegt sind. Für den persönlichen Gebrauch werden Streichhölzer als Markenderware gegen Bezahlung auf Anfordern von den Proviantdepots nachgeschoben.

Die Zentrale für private Fürsorge, vertrauliche Beratungsstelle für Hilfsuchende, versucht wirtschaftlich aber auf andere Weise in Not Geratenen beratend zur Seite zu stehen. Sprechstunde vormittags von 10—12 Uhr Dantwitschgrube 20.

Die Kriegskrippe der 5. Klein-Kinderkrippe, die bald nach Beginn des Krieges eröffnet wurde, aber zunächst nur notdürftig eingerichtet war, ist in den Weihnachtstagen allen gesundheitsfördernden Anforderungen entsprechend ausgebaut worden und steht seit dem 10. Januar wieder für Kinder von 14 Tagen bis 3 Jahren offen. Ihre Neueinrichtung hat aber erhebliche Gelbauseinandersetzungen gekostet, die bisher nur zum Teil, wie man uns schreibt, aus gütigen Spenden gedeckt werden konnten. Zur Beirteilung des Restes und der stark vermehrten laufenden Ausgaben sind daher weitere Geldspenden erwünscht. Auch wäre der Krippe noch mit Kindern wärme gebend. Zur Entgegennahme solcher Gaben ist der Kassensührer Herr Paul Keimpell, Friedrich-Wilhelm-Straße 49, gerne bereit.

Volkstümliches Konzert. Für das nächste Konzert hat Herr Musikdirektor Waack für den ersten Teil des Abends wieder eine Reihe von Werken Webers, Wagners und Bizets in das Programm gestellt, die sich bei den regelmäßigen Besuchern dieser Abende ganz besonderer Beliebtheit erfreuen. In der zweiten Abteilung kommen lediglich Musiker unseres Bundesgenossen vom der Donau zu Worte, Goldmann, der Österreicher, mit seiner farbenprächtigen Ouvertüre zu „Satantala“, Smetana mit seiner Sinfonischen Dichtung „Moldau“, der populärsten aus dem Bereich der Berührung seines Vaterlandes dienenden Zukunft, und Dvorak mit seinen böhmischen Tänzen, die in ihrer vierhändigen Bearbeitung als Hausmusik seit ihrem Erscheinen rege gepflegt werden.

Wohltätigkeitsabend. Man schreibt uns: Am Sonntag, dem 23. Januar, abends 7 Uhr, findet im Kolosseum ein Wohltätigkeitsabend statt zum Besten der 1. Kleinkinderkrippe. Ein Märchenfest mit Bauerntanz, Chorlieder und Deklamationen, einen Schneeflockentanz u. a. m. enthält das Programm. Außerdem wirkt die Schumannskapelle mit, jedoch der Abend ein recht genügsamer zu werden verspricht. Um des guten Zweckes willen möchten wir ihm einen regen Besuch wünschen.

Stadtheater. Aus dem Theater-Bureau wird uns geschrieben: Am Donnerstag, dem 20. Januar 1916, findet die Eröffnungsführung von „Peer Gant“ statt und zwar mit Jugendbesetzung der Uebersetzung von Morgenstern, die in dem Verlag S. Fischer, Berlin, erschienen ist. In dieser Form wurde das Stück im Festspiel-Theater aufgeführt. — Von der Griechischen Musik von „Peer Gant“ wird gespielt: Das Vorspiel, der norwegische Brautzug, Springtanz, Ingrid's Klage, Gelang der Sacerdinnen, in der Halle des Bergkönigs, Solweigs Lieb, Majes Tod, Morgenstimmung, Arabischer Tanz, Anitras Tanz, Meeressturm, Solweigs Wiegenlied. Die für die Aufführung fehlenden Dekorationsstücke sind im Atelier Franz Gruber und Co., Hamburg, für unsere Aufführung neu angefertigt worden.

pb. Diebstähle. Aus einem Hause in der Johannisstraße sind gestern abend vermullich von einem Bettler eine große und eine kleinere Holzschachbale und eine Wäschekorb gestohlen worden. — Von einem Fuhrwerk, welches vor einem Hause in der Engelsgrube stand, sind gestern 8000 Stück Brotartenabschnitte, die in einem Beutel verpackt waren, abhandengekommen und vermullich gestohlen worden.

Neukreuz. Eisenbahnertod. Auf der Strecke Stralsund-Neukreuz war ein Personenzug auf freier Strecke im Schneesturm eingelebten. Das Zugpersonal darunter der Wagenführer Mahne aus Stralsund, verfiel den Zug freizuschaffen. Dabei sah Mahne den Schnellzug, der auf dem andern Geleise heranbraute, so spät; er wurde vom Schnellzug erfasst, und es wurde ihm die Schädeldede abgerissen; er war sofort tot.

Schwern. Eine Schanze für Kanibiere, sogenannte „Schädliche Tiere“, ist in Meddenburg angeführt. Dort hatte die Kanibienplage unter einem veralteten Jagdgelch derart überhand genommen, daß der Mensch diesem Rager stellenweise nahezu machtlos gegenüberstand. Aus diesem Grunde führte die großherzogliche Regierung im Domantium bereits vor längerer Zeit eine Schanze für die Feinde der Kanibien ein. Diese Schanze hat, wie die „Blätter für Naturkunde und Heimatspflege“ mitteilen, so außerordentlich günstig gewirkt, daß der meisten bürgerliche landwirtschaftliche Berain an den Landtag die Bitte gerichtet hat, jene gesetzliche Bestimmung auch für das Gebiet der Ritterherrschaft und der Städte in Kraft treten zu lassen. Es soll danach in Zukunft in Meddenburg für den Dachs, den Fuchs, den Baum- und den Steinmarder, den Fitis und das Wiesel eine gesetzliche Schanze vom 15. März bis zum 15. Oktober eingeführt werden.

Odenburg. Für die Einheit der Partei. Die Bezirksleitung der sozialdemokratischen Partei Odenburg und Pfrieslanb sagte nach der Berichterstattung über die Parteien

ausgehügelung und nach entgegengekehrter Richtung gegen eine Stimme folgenden Beschlus: „Der Vorstand des Bezirks Oldenburg-Oldesland begrüßt die entschiedene Stellungnahme des Parteiausschusses zu den Fragen der Parteidisziplin, der Kennzeichnung des Genossen Haage als Vorsitzender der Organisation und die des „Vorwärts“ als Parteiorgan. Er erklärt sich mit der Abtötung seines Vertreters einverstanden und bedauert, daß die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages nicht möglich ist. Da der Parteiausschuß die nach dem Parteitag höchste Körperschaft ist, welche gegenwärtig zusammenkommen und sich äußern kann, eruchen wir die Genossinnen und Genossen des Bezirks, dem Votum des Ausschusses die entsprechende Beachtung schenken zu wollen.“

Neueste Nachrichten.

London, 17. Januar. Die „Central News“ melden: Die englische Regierung hat ihre Zustimmung zu der Verschiffung von Milch von Amerika nach Deutschland, selbst wenn sie für das Rote Kreuz bestimmt sein sollte, verweigert.

London, 17. Januar. Die „Morning Post“ meldet aus Kairo, daß durch einen großen Brand in dem Arsenal 30 000 Uniformen und große Mengen Kriegsmaterial vernichtet worden sind.

Zugano, 17. Januar. Die Kontinente von Deutschland und Österreich-Ungarn auf Korfu sind wieder in Freiheit gesetzt worden. Nur der österreichische Beamte Selig wurde nach Malta gebracht.

Bürgertafel.

Als lübeckische Staatsbürger sind im Monat Dezember 1915 angenommen und vereidigt: Lehrer in Rikerau Beerbaum, Handlungsgehilfe Benthin, Malergehülfe Bohndorf, Fischergelhilfe Bollo, Kaufmann Christiansen, Eisenbahnwagenführer Kopp, Maler Lüttmann, Kaufmann Ruff, Schiffszimmermann Sager, Kranführer Schwarz, Arbeiter Stapelmann, Maschinist Szillat, Arbeiter Theodor, Versicherungsinspektor Till, Versicherungsinspektor Tonn, Straßenbahnführer Wigger, Straßenbahnwagenführer Wittke.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 16. Heft vom 1. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bureaucratie und Politik. Von Gustav Gastein. — Nochmals die landwirtschaftlichen Produktionskosten und die Teuerung. Von H. Hofer. — Mitteleuropa. Von K. Kautsky. (Fortsetzung.) — Vom Wirtschaftsmarkt. Kohlenproduktion und Kohlenindustriepolitik. Von Heinrich Cunow.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 2 des 8. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Sehen lernen. Von Jürgen Brand. — Wie man in früherer Zeit mit den Verteilern und Verfüßlern der Lebensmittel umging. Von Rudolf Wisell. — Der Wohltätigkeitsklub. Von Fritz Müller, Zürich. (Schluß.) — Don Quixote, seine Zeit und sein Wert. Von Franz Dieberich. — Ein Lied hinterm Ofen zu singen. Von Mathias Claudius. — Der richtige Weg. Von Ernst Almsloh. — Das weibliche Lernjahr. Von Hedwig Wachenheim. — Aus der Jugendbewegung. Die Glode, Sozialistische Halbmonatschrift, Herausgeber: Barvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das zehnte Heft dieser aktuellen Zeitschrift ist soeben erschienen und enthält folgende Artikel: Dr. Paul Lench, M. d. R.: Ein Triumph der Gegner; August Winnig: Die Wirkung auf die Gewerkschaften; Johann Leimpecker: Die Stimmung der Arbeitermassen; Max Cohen-Rauh, M. d. R.: Mitteleuropa; Wilhelm Janßen: Die Gewerkschaften und die Wirtschaftspolitik; Stefan Weislich: Noch einige imperialistische Randbemerkungen; C. Döring: Schweden im Weltkriege; A. H.: Eine eingetroffene Voraussage; Klara Keller: Auch du sollst ein Kämpfer werden; Aus unserer Sammelmappe: Bücherschau. Einzelhefte 25 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Städtischer Butterverkauf in der Markthalle.
Mittwochs und Sonnabends wird an jedermann gegen Vorzeigung der Brotkarte Butter zum Preise von Mk. 2,80 für das Pfund abgegeben. Einzelpersonen erhalten 1/4 Pfund, 2 und 3 Personen 1/2 Pfund, mehr als 3 Personen 1 Pfund Butter. (250)

Ausschuss für Kriegshilfe.
Der Verkauf von Kartoffeln findet jetzt im Keller Fischstraße 27 statt.
Ein Zentner ab Keller Mk. 4.—
„ „ frei Haus Mk. 4.20
Bestellungen auf Lieferung ins Haus werden Dankwärtsgrube 20 entgegengenommen. (249)

Sonnabend abend entschlief nach kurzer schwerer Krankheit unser wertiges Mitglied (234)
Jacob Krela.
Wir werden dem Verstorbenen, welcher ein eifriger Förderer des Segelsports war, ein ehrendes Andenken bewahren.
Segler-Klub „Hansa“ v. 1898.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 19. Januar, 4 1/2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Deutscher Hilfsausschuss für das Rote Kreuz in Bulgarien.

Lübecker Opfertage!

Programm:
Sonnabend, 22. Januar 1916:
Marktkonzert von 5—6 1/2 Uhr nachmittags, ausgeführt von der Schutzmannskapelle.
Abends pünktlich 7 1/2 Uhr im Marmorsaal des Stadttheaters:
Vortrag mit Lichtbildern von Herrn Dr. FALK-SCHUPP aus München über das Thema:
„Bulgarien und der Weltkrieg“.
Eintritt frei!
Wir bitten Alle, im vaterländischen Interesse sich an der Liebestätigkeit für das so tapfer und heldenhaft an unserer Seite kämpfende **Bulgarien** zu beteiligen.
Deutscher Hilfsausschuss für das Rote Kreuz in Bulgarien.
Der Lokal-Ausschuss für den Bezirk Lübeck:
J. Bertling. C. Dimpker. Dr. Neumarck. C. Tesdorpf. (247)

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Lübeck.
Am Sonnabend, dem 16. Januar, verliert unter altemännlicher Leitung, der Kommandeur (239)
J. Krela.
Beerdigung am Mittwoch, dem 19. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Seidenhalle des Vorwerker Friedhofes aus.
Die Bestattung veranlassen Sie 3 1/2 Uhr bei Pesky.
Der Zweigvereinsvorstand.

Ihre am 15. Januar vollzogene Kriegertrauung geben bekannt (245)
Bernhard Levermann
Albertine Levermann
geb. Pechmann.
Lente mit einem Kind suchen zum 1. April eine Wohnung bis 200 Mk. Angeb. mit J M 17 an die Exped. d. Bl. (231)
Vormerkung mit Inhalt im Goldenen Post. Der ehrl. Post. wird gebet. Daselbst geg. Zeichen. Eisenstraße 28, II. oben. (237)
Carl Danneberg, Nr. 168 188, Sonnab. 15. Jan., Johannisstr., 4 Uhr bis 6 Uhr u. Sonnt. 10 Uhr bis 12 Uhr. (242)
Bereit abg. geg. Zeichen. Post. (229)

Drucksachen aller Art
liefert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Billig! Billig!
Habe noch einen Haufen
weiße weiße Hansteife
abzugeben, solange Vorrat reicht à 100 Stk. 30 A. Schalter mitbr. Nach auswärts per Nachnahme von 30 Stk. an. (242)
Bitte genau Angebotsnummer angeben.
Aug. Spethmann,
Friedenstraße 55 b, vt. (232)

Ragoda
wäscht unbestritten.
Es ist im Gebrauch bedeutend billiger als Seife. (236)
Sterbekasse „Die Vertrauliche“
Lübeck.
Generalversammlung.
am Mittwoch, 16. Febr., abds. 8 1/2 U.
im Bürgerverein.
Der Vorstand.

Hartkoks & Briketts
Perlkoks & Anthracitkohlen
Steinkohlen & Holzkohlen
empfehlht 231
zu billigsten Tagespreisen
Christian Gäde, Lübeck
Fernsprecher 242. Kontor: Fischergrube 4.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
Am Sonnabend vertritt unser Genosse
Jacob Krela.
Eine warme Abschiedsfeier! Die Bestattung erfolgt Sonnab. nachmittags 4 1/2 Uhr an dem Vorwerker Friedhof. Die Bestattung veranlassen Sie 3 1/2 Uhr bei Pesky. (245)
Der Vorstand.

Dr. Siering verweist. (245)
Wollstücke. (246)
Mittwoch, 19. Januar: Kriegerdenkmal, Schützenfest, Schützenfest mit Riesen und Karneval.
Donnerstag, den 20. Januar: Kriegerdenkmal, Schützenfest, Riesen und Karneval.
Freitag, 21. Januar: Kriegerdenkmal mit Riesen, Schützenfest mit Karneval.

Deutsch. Bauarbeiterverbd.
Zweigverein Lübeck.
Versammlung
am Mittwoch, dem 19. Januar 1916
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Jahresbericht.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Wahl des Vorstandes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Ziichler - Innung
Wahl
zur Ergänzung des
Gesellenanschlusses
am Donnerstag, d. 20. Jan. 1916
abends 7 1/2 Uhr
im Lokal des paritätischen
Arbeitsnachweises, St. 28.
Um zahlreichste Beteiligung ersucht
Theodor Reese, (241)
Torl. d. Ausf. f. d. Gesellenwesen.
Verein der Musikfreunde
in Lübeck.
16. volkstümliches Konzert
Mittwoch, den 19. Januar 1916
abends 8 Uhr im Kolosseum.
Leitung: (237)
Musikdirektor Carl Waack.
Zur Aufführung kommen u. a.:
Wagner: „Lohengrin“-Vorspiel und feierlicher Zug z. Münster.
Smetana: Die Moldau, symphonische Dichtung.
Goldmark: Sokratal.

Stadttheater. (236)
Dienstag, 18. Januar 1916:
Anfang 8 Uhr:
Fritzchen u. Lieschen
Singspiel von J. Offenbach.
In Zivil.
Schwank von G. Fiedlbürg.
Die Puppenfee
Gr. Ballett von J. Bayer.
Mittwoch, 19. Januar 1916:
Wegen Vorbereitung zu „Peer Gynt“ geschlossen.
Donnerstag, 20. Januar 1916:
Abends 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male:
Peer Gynt
von Ibsen. Musik von Grieg.
Einführungen zu „Peer Gynt“ sind an der Theaterkasse zu haben.
Freitag, den 21. Januar 1916:
Anfang 8 Uhr:
Das Musikantenmädchen
Operette von G. Jarno.

Verband der Steinsetzer und Beratzgeassen.
Verspätet.
Festlich zur Erinnerung des 25. Jahrestages der Gründung des Vereins am Sonntag, dem 17. Januar, abends 8 Uhr im Lokal des paritätischen Arbeitsnachweises, St. 28.
H. Dahn
am Montag, dem 18. Januar, abends 8 Uhr im Lokal des paritätischen Arbeitsnachweises, St. 28.
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 19. Januar 1916
abends 8 1/2 Uhr
im Lokal von A. Schwanitz
(Gartenstr. 10) in Schwanitz.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Jahresbericht.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Wahl des Vorstandes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Wohltätigkeitsabend
zum Besten der 1. Kleinkinderschule
am Sonntag, dem 23. Januar 1916
abends 7 Uhr, im Kolosseum.
— Saalöffnung 6 Uhr. —
Numerierte Plätze 1,00 Mk., nichtnumerierte Plätze 50 Pfg.
Eintrittskarten in der Musikantenhandlung von E. Robert und an der Abendkasse.
Die Vortragsfolge enthält u. a.: Musikstücke der Schutzmannskapelle, ein Märchenstück mit eingeleitetem Bauerntranz, Chorlieder, Deklamationen und einen Scherzstückchen. (235)

Heeresfragen im Reichstag.

Die Montagsitzung des Reichstags wurde mit der Beratung militärischer Angelegenheiten ausgefüllt. In der Beratung über die Resolutionen des Reichshaushaltsausschusses, die sich auf die Urlauberteilung, die Kriegsschadigtenfürsorge usw. beziehen, sprach als erster Redner unser Genosse Schöpflin, der zunächst dafür eintrat, die Freizugbewährung für Urlauber in möglichst weitem Umfange zu üben, die Verpflegung der Truppen und insbesondere der Lazarettinsassen zu verbessern, die in Ruhestellung kommenden Soldaten aus dem Schützengraben mit allzu vielem Drill zu versehen und in den Ordnungsverfügungen der Kommandanturen für die Garnisonen etwas mehr Maß zu halten. Genosse Schöpflin konnte hierbei einige Fälle vorbringen, die die Mißstimmung unter den Mannschaften zu erregen geeignet scheinen. Der nationalliberale Abg. Dr. van Calker befruchtete dies, während der Fortschrittler Dr. Haas selbst eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen bei den Ersatzbataillonen für wünschenswert erklärte. Im übrigen nahm sich Dr. Haas der Beschimpfungen der deutschen Kriegführung in der englischen Baralongnote vor, um aus seiner eigenen Wahrnehmung zu bekunden, daß die deutsche Armee auf der Kulturhöhe des deutschen Volkes stehe und daß das Benehmen unserer Krieger in Feindesland gegenüber der Bevölkerung, wie gegenüber verwundeten Feinden nur die höchste Anerkennung verdiene, wenn es auch nur den selbstverständlichen Geboten der Menschlichkeit und der Ehre entspricht. Der stellvertretende Kriegsminister v. Wandel sagte zu, daß die Urlaubergewährung, wenn möglich, erleichtert werden soll, und er versicherte, daß die Heeresverwaltung alles tue, um die nur noch innerhalb Deutschlands, nicht aber im Felde vorkommenden Fälle vorrichtungswidriger Behandlung Untergebener vollkommen verschwinden zu machen. Mit dem Abg. van Calker stimmte General v. Wandel darin überein, daß sich die Heeresdisziplin auch in dem Benehmen der Soldaten auf der Straße äußern müsse und das daher die scharfen Befehle der Gouverneure von Thorn und Köln über das Größen der Borgelegten, wobei der Bürgersteig zu verlassen sei, gerechtfertigt wären. Genosse Davidsohn, der zum Reichstage aus Serbien zurückgekehrt ist, wo er verwundet wurde und das Eisene Kreuz erhielt, vermißt dieser Anschauung nicht beizutreten, widersprach ihr vielmehr als einfacher Soldat ziemlich entschieden. Er schloß mit dem Vorschlag, daß innerhalb des militärischen Systems für die Mannschaften, die so Großes geleistet haben, herausgehoben werde, was eben möglich sei.

Ein Schlußantrag machte es nunmehr dem Abg. Dr. Liebknecht unmöglich, über die Behandlung der Soldaten zu sprechen, was umso mehr zu einer lebhaften Szene führte, als der Präsident, der zur Abtötung schritt, das Wort zur Geschäftsordnung verweigerte. In der Abstimmung wurden die Kommissionsanträge angenommen, die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Nunmehr fand die Geschäftsordnungsdebatte statt, in der zunächst Genosse Ledebour gegen den Debattekluß Einspruch erhob. Der Fortschrittler Neumann-Hoyer rechtfertigte kurz diesen Einspruch, worauf es bei einer Protestrede Dr. Liebknechts wieder zu Lärmjahren und Ordnungsrufen kam.

Ein Antrag Ledebours, die Debatte wieder zu eröffnen, wurde gegen den größten Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten abgelehnt.

Unter stürmlichem Beifall teilte Präsident Kaempf die Waisenerklärung Montenegro mit. Der Reichstag nahm dann nach kurzer Debatte eine Resolution an, die die Beförderung von Soldatenspaketen an, hörte noch den erweiternden Ausschussbericht Dr. Streemanns über die Zensur und vertagte die Zensurdebatte auf Dienstag 10 Uhr vormittags.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

(Sitzung am 17. Januar, vormittags 11 Uhr.)

Um Bundesratspräsident: Wandel.

Es werden zunächst weitere Resolutionen der Kommission zu dem Reichshaushaltsetat betreffend sozialpolitische, wirtschaftliche und ähnliche Fragen verhandelt.

Schöpflin (Soz.): Schon in der Kommission ist betont worden, welche große Bedeutung einer wohlwollenden Regelung der Urlaubsfrage zukommt. Wir geben zu, daß diese Frage im Kriege sehr schwer zu regeln ist. Aber es sollte doch auf keinen Fall vorzukommen, daß ein ganzes Jahr lang Urlaub nicht gewährt wird, was tatsächlich in einer Masse von Fällen geschehen ist. Aus vielen mir zugegangenen Klagen scheint hervorzugehen, daß bei verschiedenen Truppenteilen in dem Moment eine Beschränkung der Urlaubsgewährung eingeführt wurde, als der Reichstag die Freizugbewährung für Urlauber beschlossen hatte. Der Reichstag wollte natürlich mit seinem Beschluß das Gegenteil erreichen. Ich bitte die Heeresverwaltung um Auskunft, wie sie über diese Frage denkt. Ferner wird auch für Soldaten in der Heimat vielfach jährlich nur zweimal Urlaub mit Freizug bewährt. Wenn diese zweimalige Gewährung eines Urlaubs für die Truppen in der Front zweifellos eine Verbesserung ist, so bedeutet die Beschränkung auf einen nur zweimaligen Urlaub mit Freizug für die verheirateten Leute in der Heimat eine ganz ungerechtfertigte Härte. Höchstens könnte man sich damit abfinden, daß den sogenannten Sonntagsurlaubern nicht ständig Freizug gewährt wird, obwohl auch diese Forderung prinzipiell zu erheben ist. Ganz besondere Mißstimmung hat es hervorgerufen, daß die akt. militärische Justiz, wegen Vergehen Einzelner ganzen Truppenteile Urlaub zu verweigern, auch in der Kriegszeit noch geübt wird. Das ist eine unbillige Härte, die insbesondere draußen im Felde sehr verbitternd wirken muß. (Sehr richtig! b. d. Soz.), zumal von einer solchen Urlaubsbeschränkung bei den Offizieren doch keine Rede ist. Ferner wird mir in einer ganzen Anzahl von Fällen berichtet, daß trotz des Erlasses des Kriegsministers noch immer die Auszahlung der Verpflegungsgelder für Urlaubstage verweigert worden ist. Ich bitte den Kriegsminister, die Urlaubsfrage in Zukunft wohlwollender zu behandeln, als das anscheinend jetzt geschieht. — Bei der Verpflegung der Truppen muß sehr sorgfältig verfahren werden, wir dürfen nicht vergessen, daß unter den Truppen viele Leute sind, die seit Jahren nicht mehr an das Essen in der Kaserne gewöhnt sind. Die Mannschaften eines imobilien Bataillons in Feindesland führen Klagen, daß ihre Verpflegung nicht so gut ist, wie die der russischen Gefangenen. Es kommen auch fortgesetzte Klagen über die Kantine und improvisierten Kaminen. Teilweise liegt das sicher an der Teuerung, teilweise aber scheint es doch, daß manche Kantine nicht die nötige Kontrolle wachen, und es ist eine strenge Kontrolle nötig, damit die Soldaten, die doch auf die Kantine angewiesen sind, nicht geschädigt werden. Auch darüber wird geklagt, daß so manche für die Front bestimmte Liebesgaben sich verflüchtigt, ehe sie an ihren Bestimmungsort kommen. Wenn der Schuldige in einem solchen Falle einmal gefaßt wird, so muß er rückwärts am Kragen gepackt werden. Die deutschen Lazarette sind durchweg gut eingerichtet und ausreichend mit Ärzten versehen, aber die Verpflegung ist nicht immer so wie sie sein sollte, sind doch Turpe an die Bevölkerung erkrankten, Nahrungsmittel für die Lazarette zu spenden, um die unzureichende Kost der Verwundeten aufzubessern. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch der Ausgang der Lazarettinsassen sollte nicht so erschwert werden, wie es manchmal geschieht. Für die Tüchtigkeit der Ärzte ist die große Zahl der Geheilten ein Beweis. Das sollte den Herren aber genügen und sie sollten nicht danach gehen, auch noch den schneidigen militärischen Vorgesetzten herauszufahren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Eine weitere Klage ist, daß die von den Ärzten für dauernd untauglich erklärten noch monatelang in der Kaserne zurückgehalten werden. Das liegt weder im Interesse unserer Volkswirtschaft noch in dem der Militärverwaltung. Auch über die Genesungsabteilungen liegen Klagen vor, auch dort wird viel auf Drill gesehen. In bedeutlicher Weise haben sich auch die Klagen über unangemessene Behandlung der Leute gemehrt. Leute, die schon Monate im Felde waren, werden dort in ihrer Ruhezeit mit der Erfüllung von Ehrenbezeugungen gequält. Schlimmer noch sind die Klagen aus den Garnisonen. Mit welchen Kleinlichkeiten die Leute gequält werden, zeigt z. B. ein Garnisonbefehl aus Karlsruhe, wonach die

Mannschaften und Unteroffiziere bei der Ehrenbezeugung vom Bürgersteig herunterzutreten haben, in Thorn ist ihnen überhaupt verboten, auf den Bürgersteigen zu stehen. Verboten ist das Einhalten in den Arm von Begleiterinnen, unsinnig ist auch das Rauchverbot in bestimmten Straßen Berlins, das heute immer noch besteht. Der Kommandant von Köln hat mit Vorschriften über die Straßendisziplin zwei vollgedruckte Seiten angefüllt; er regt sich darüber auf, daß bei der Ehrenbezeugung der Daumen und der kleine Finger ja nicht zu sehr gespreizt werden. (Große Heiterkeit.) An einer andern Stelle sagt er: Jeder Soldat ist verpflichtet, den Vorgesetzten zu sehen (Heiterkeit), und droht Bestrafung für den Fall des Nichtsehens an. Um der Gerechtigkeit willen muß ich aber doch hinzufügen, daß im Ausland die Mannschaften ganz ähnlich gequält werden, wie wir aus Klagen in der „Humanität“ erfahren. Jedenfalls sollten solche Kommandanturbefehle, die böses Blut bei der Bürgerwehr und den Mannschaften erregen müssen, unterbleiben. (Zustimmung bei den Soz.) Auch müßte das Ausbildungspersonal darauf Rücksicht nehmen, daß die älteren auszubildenden Leute nicht mehr so hinhin- und schmieglam sind wie die jüngeren; wenn sie nach zwei bis drei Monaten Ausbildung ins Feld rücken, sollen sie nicht bittere Erinnerungen über unangemessene Behandlung mitnehmen. Es muß alles getan werden, um der unangemessenen Behandlung in den Garnisonen entgegenzutreten. (Zustimmung bei den Soz.) Auf die sonst von der Kommission beschlossenen Resolutionen will ich im einzelnen nicht eingehen, ich will nur das eine besonders betonen, daß alles gesehen muß, um den Verwundeten und Hinterbliebenen von Gefallenen das zu geben, was wir ihnen schuldig sind! (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. v. Calker (Natf.): Nach meinen Erfahrungen sind die Transporte des Roten Kreuzes häufig sehr langsam gegangen. Auch werden die Liebesgaben praktischer durch die Erziehungsteile an bestimmte Truppenziele befördert. Nach meiner Ueberzeugung gibt es für die militärische Disziplin keine Kleinigkeiten. Nur dadurch, daß bei uns die Disziplin auf die Spitze getrieben worden ist, haben wir den Geist im Heere, mit dem wir diesen Krieg gewinnen. (Widerpruch bei den Soz.) Beurteilungen von Kräften, die im Wirtschaftsleben dabei gebraucht werden, sollten so weit als möglich erfolgen. Bei den Kantine müssen die Offiziere dafür sorgen, daß sie nicht zu „Kriegsgewinnern“ werden. Der Jugendweh sind wir großen Dank schuldig. Die Rot und der Ernst dieser Zeit ist für unser Volk eine wundervolle Lehre gewesen. (Beifall.)

Abg. Dr. Haas (Natf.): Nach meinen Erfahrungen muß ich sagen: Noch nie ist eine Armee höherer Kultur im Felde gestanden als die deutsche Armee. Das können wir mit freudigem Stolz sagen. Beweis: die Behandlung der Verwundeten und das Aufreten unserer Krieger in Feindesland. Dadurch, daß Angehörige aller Parteien draußen kämpfen, ist ein besseres Verhältnis zwischen den Parteien im Frieden angebahnt. Die Männer aus dem Schützengraben werden auch gegen ihre Führer in den politischen Parteien dafür sorgen, daß dieser Gedanke der Verständigung und des gegenseitigen Sichbegreifens immer mehr Raum findet. Der Krieg hat weiter gezeigt, daß von einer Defäkung des deutschen Volkes keine Rede sein kann. Das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen an der Front ist ein vorzügliches. Die Klagen der Behandlung der Untergebenen sind letzten Endes Personalfragen. Auch wenn die Sozialdemokraten alle Kampagnenführer bestimmen würden, würde es gute und schlechte Kampagnenführer geben. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen bei den Ersatzbataillonen ist leider nicht so gut. Da kommen Klagen über Klagen an uns. (Sehr wahr!) Auf die älteren verheirateten Leute muß bei der Ausbildung mehr Rücksicht genommen werden. (Sehr richtig!) Der Geist der Fröhlichkeit muß im Heere erhalten bleiben. Fröhlichkeit können die Leute aber nur sein, wenn sie gut behandelt werden. (Bravo!) Im Allgemeinen ist jeder, der unsere Armee kennen gelernt hat, erfüllt von einem hohen Optimismus. Diese Armee erkämpft uns den Frieden, den wir brauchen, einen Frieden, der zugleich ist der Sieg der europäischen Kultur. (Bravo! bei der Volksz.)

Abg. Raden (Zentr.) bestreitet, daß bei den Ersatztruppen Schimpereien vorkommen. In allen Chargen wird auf angemessene Behandlung gesehen und die Ausbildung ist lediglich eine für den Krieg, nicht für unnützes Exerzieren. Kleine Verfehlungen an der Front sollten nicht mit dauernder Urlaubsentziehung geahndet werden. Jede ungerechte Behandlung Untergebener durch Vorgesetzte verurteilen wir auf das Schärfste. Auch das Kriegsministerium geht mit allem Nachdruck gegen solche Fälle vor.

Vater und Sohn.

Eine oberfränkische Dorfgeschichte von Heinrich Schaumberger.

11. Fortsetzung.

Bärbel fuhr erschrocken nach Frieder herum, der mit fest zusammengekniffenen Lippen und unfest umirrenden Blicken auf und ab schritt — das ging sie ja auch an; was Frieder verlor, ward ihr selber genommen. Aber als sie ihm in das bleiche Gesicht blinnte, als sie sah, wie es in ihm arbeitete, verwandelte sich ihr anfänglicher Schrecken in wilde Freude. Auch ohne das Erbe war Frieder noch immer reich genug, zumal jetzt die Urkunde, die ihr manche schlaflöse Nacht gemacht hatte, nach ihrer Meinung unschädlich geworden war. Jetzt oder nie mußte es ihr gelingen, Frieder ganz an sich zu ziehen; Haß und Zorn war ja da, nur noch auf einen bestimmten Punkt brauchte sie ihn zu lenken, und sie hatte gewonnen Spiel. Vorsichtig ihre Freude hinter teilnehmendes Wesen versteckend, rief sie: „Es ist nicht möglich! — Und doch — Ihr bleibt dabei? — O diese Schlechtigkeit! — Nun verheiß ich, warum Euch alle aufs Leder kneten; es ist nicht anders, der Hoffmannes wollte Euch zur Seite schieben, um in Sicherheit seine Streiche auszuführen.“

Aus seinem Brüten auffahrend, fiel ihr Frieder finstern ins Wort: „Nimmst du das aus dir selber?“

„Ich bin freilich nur ein dummes Ding, aber meine eignen Gedanken habe ich doch, und ich meine auch, das läge nahe genug. Herr, Euer Schicksal geht mir zu Herzen! — 's ist nicht bloß wegen dem himmelstreichenden Unrecht, das Ihr vom Hoffmannes erfahren müßt, auch nicht bloß wegen der Schlechtigkeit und Undankbarkeit der eignen Leute — das wäre zuletzt zu ertragen; — ich kenne Euer Unglück, ich weiß, die Hauptsache ist ganz was anders. Ihr dürft mir glauben, Herr, die Leute sehen's auch ein und haben Mitleid mit Euch; wie oft habe ich sagen hören: der Frieder ist ja bebauern; ein Mann wie er — und solch elende, gebrechliche Frau! — 's ist wahrhaftig zu verwundern, daß er sie um sich leiden kann!“

Frieder war ans Fenster getreten und starrte hinaus in den Hof; bei den letzten Worten drehte er sich hastig nach Bärbel um, auf seinen Wangen brannten dunkelrote Flecke, in seinen Augen loderte ein wildes Feuer, seine Blinde hingen an dem Mädchen, das mit geröteten Wangen und niedergeschlagenen Augen auf der Ofenbank saß und mit ihren Schürzenbändern spielte. Bärbel sah, wie die Blinde Frieders auf ihr ruhten, sie mußte, daß er sie jetzt mit Annelies verglich, und ihr Herz begann zu klopfen. Allein sie zwang sich zur Ruhe und fuhr fort: „Ja, sie wandern sich, wie Ihr so sanftmütig gegen die Annelies seid, obgleich sie Euch alles gekramte Herzleid antut; sie sagen: der Annelies wäre es gar nicht zu verzeihen, wie sie Euch behandle; wenn sie Euch auf den Händen trüge, täte sie lange nicht genug, denn ein Mann wie Ihr verdient von Gottes und Rechts wegen die schönste und beste Frau. Ihr wäret freilich auch viel zu gut, gegen sie,“

und das mache die Annelies erst schlimm; zeigt Ihr nur einmal den Meister, dann würde es bald anders werden.“

Frieder mußte sich abwenden, er fühlte, wie er die Herrschaft über sich verlor; da sah er Annelies und Johannes aufs Haus zukommen, mit einem Gluch hob er die Faust: „Still! — rief er der Bärbel mit heiserer Stimme zu. „Geh — sie kommen!“ Dann legte er sich hinter den Tisch, drückte die Hand vors Gesicht. „Ich wollte umkehren — ja, ich wollte — aber es soll nicht sein, ich bin zum Unglück geboren!“

Annelies trat ein und sank wie zerklüftet in einen Lehnstuhl; ein Gefühl der Vereinsamung und Hilfsbedürftigkeit trieb ihr die Tränen in die Augen und erweckte fast etwas wie einen Nachhall der früheren Liege zu Frieder, war er doch der einzige, bei dem sie Trost und Beistand suchen konnte. „Frieder, ich verheiß dir Kummer und Angst!“ klagte sie und blinnte unter Tränen bittend zu ihm auf. „Ach Gott, gelt, du glaubst auch nicht, daß es sein kann, mit — mit dem Kaspar; gelt, du sagst auch, es ist gar nicht möglich? — Ich bin ja doch kein Kind so gut als der Kaspar!“

„Nicht möglich? — Was wäre dem Hoffmannes nicht möglich? Hat er fremde Leute bestohlen, warum sollte er nicht auch einmal die eigenen Kinder betrügen?“

„Frieder — daß sich Gott erbarm! Ist das dein Ernst? — Zurückstehst du dich auch nicht der Sünde, einem Toten, der kaum unter der Erde ist, so was nachzureden?“

„Und ich soll ihn wohl loben, den —, ich will den Namen nicht sagen, den er verdient! — Soll ich loben, daß er meinen Vater um das Vermögen und mich ins Elend gebracht hat?“

„Gott verzeih' dir! — Was er mit deinem Vater hatte, weiß ich nicht, aber was tat er dir? — Dadurch hat er dich ins Elend gebracht?“

„Und du fragst auch noch?“ schrie Frieder, der aufgesprungen war und ihr mit blühenden Augen in das Gesicht starrte. „Rein? Wohl, ich hätte das Herz nicht, mit der Farbe herauszugehen?“

„Ich sage dir's und vor allen Leuten sage ich's: du — du bist mein Unglück; durch dich hat mich dein Vater ins Elend gebracht.“

Annelies ließ einen Jammerruf aus, dann fuhr sie auf: „Du willst sagen, ich hätte dich ins Elend gebracht? — Hast du es nicht mir zu danken, daß die Lieberlichkeit deines Vaters zugedacht, und du aus Armut und Schande gerissen wurdest?“

Frieder hob die Hand gegen die schreiende Frau, noch zur rechten Zeit fiel ihm Hoffmannes in den Arm mit den Worten: „Laß ab, Vater, laß ab! Ich leid's nicht, Ihr dürft die Mutter nicht schlagen.“

„Bist du auch da?“ lachte Frieder wild. „'s ist schon recht ja, haltet nur wacker zusammen, du gehörst ja auch zu den Hoffmannen — aber nehmt euch in acht, du und deine Mutter, wir sind noch nicht fertig zusammen!“

„Das habt Ihr brav gemacht — fahrt nur so fort, und es wird bald anders werden im Haus!“ flüsternte Bärbel, die an der Tür geklopft hatte. Als aber Frieder, ohne darauf zu achten, an ihr vorbeiging, murmelte sie hinter ihm drein: „Er bleibst ein Narr!“

Soffte ich heute wieder vergebens gearbeitet haben? — Aber warte, ich weiß jetzt, wie du zu jangen bist, du entgehst mir doch nicht!“

Im Wirtschenshaus ward Frieder von seinen Geschwörtern, die den Lärm im Scheinerschhaus gehört hatten, sehnsüchtig erwartet. Saupaula behauptete, Annelies habe gewiß die Geschichte mit der Bärbel erfahren, der Hofmeister und Geuß rieten dagegen auf einen Verdruss in Tiefenort; auch die übrigen Gäste sprachen lebhaft ihre Vermutungen aus, als Frieder eintrat. Seine Erzählung über die heutigen Vorgänge im Hofhaus erregte großes Aufsehen; der Unwille über die Schlechtigkeit des Hoffmannes, die niemand bezweifelte, war um ja größer, als wohl kaum einer unter den Anwesenden war, der nicht einen heimlichen Größ gegen den Verstorbenen im Herzen trug. Einstimmig rieten die Gäste Frieder, er solle sich nur nicht gefallen lassen, sondern dem Hofkasper die Hölle gehörig heiß machen. „Und was werde ich erreichen?“ war Frieders Antwort. „Der Alte war ein Juch. Hat er Kaspar die Güter wirklich verkauft, so machte er die Sache gewiß, so fest, daß sie nicht umzulassen ist.“

„Eigentlich geschieht dir's schon recht!“ lachte Geuß. „Was warst du so dumme dein Leben lang? Was nicht dir jetzt deine Rechtschaffenheit, deine Mühe und Plage? — Da war ich gähnter, ich habe wenigstens mein Leben genossen.“

„Hast dich garzig hinter's Gesicht führen lassen?“ rief der Hofmeister. „Und wenn du den Reichtum bekämst — was müßt er dir? — Ich möchte die Annelies nicht, und wenn sie mit Gold behängt wäre.“

„Sei vernünftig, Frieder.“ sagte Saupaula. „Nimm mit, was mitzunehmen ist. Hast's vergessen: lustig gelebt und fertig gestorben? — Ja an deiner Stelle müßt, was ich tat — hast du keine Augen?“

Frieder lachte; heraufst taumelte er spät heim. Vor der Haustür griff er mit der Hand an die Stirn: „Sagte nicht der Bergbauer, du spielst jetzt mit der Sünde; aber gib dem Teufel ein Haar, so bist du kein mit Leib und Seel? — Und soll er recht behalten? — Nein, ich tu's nicht — ihm zum Trost nicht!“

In der Nacht wachte Hoffmannes am Bett der Mutter, die, kaum aus langer Ohnmacht erwacht, mit bitteren Tränen ihr schwermes Gesicht beweinete und auf alle Trostgründe mit Kopfschütteln antwortete. Traurig wendete sich Hoffmannes ab und gedachte heutzend des nahen fröhlichen Weihnachtsfestes; damals bei der Geburt des Heilandes hatte der Engel den Hirten zugesprochen: Friede auf Erden! — Sollte nicht endlich auch ein Engel des Friedens bei ihnen einkehren? — „Laßt's genug sein.“ sagte er ernst, als die Mutter in Schmähen gegen den Vater ausbrach. „Der Vater behandelte euch wohl schlimm, aber er tat es im Zorn. — Nein, ich helf ihm nicht, ich stehe nicht gegen Euch. — Seid jetzt still, wir leben in der heiligen Zeit, und in drei Tagen ist Weihnachten, denkt daran. Ich will Euch ein Kapitel aus der Bibel vorlesen!“ Ohne eine Antwort abzuwarten, zündete er die Lampe an und holte das Buch.

(Fortsetzung folgt.)

